Bayern zieht gegen VW vor Gericht

Freistaat will Schadensersatz wegen Aktienverlusts – Südwesten prüft Klage

VON MARCO HADEM UND HEIKO LOSSIE

NÜRNBERG. Bayern wird Volkswagen wegen der Folgen des Dieselskandals auf Schadensersatz verklagen. Es gehe dabei um die Aktienkursverluste, die dem bayerischen Pensionsfonds entstanden seien, sagte der bayerische Finanzminister Markus Söder (CSU) gestern in Nürnberg. Bayern ist das erste Bundesland, das im Zuge der Abgasaffäre eine Klage ankündigt.

Volkswagen wollte sich gestern nicht dazu äußern. Wie andere klagende VW-Anleger geht Bayern davon aus, dass VW zu spät über die Risiken des Abgasbetrugs informiert hat. Volkswagen hatte bislang immer betont, alle Mitteilungspflichten ordnungsgemäß erfüllt zu haben.

Anders als in anderen – teils milliardenschweren Anlegerklagen – geht es im Fall Bayern um vergleichsweise wenig Geld: Der Schaden aus den VW-Kursverlusten in dem Pensionstopf, den Bayern vor Gericht als Dienstherr seiner Beamten geltend machen will, liegt bei 700 000 Euro. Damit verknüpft ist aber ein politisches Signal. „Bayern muss Volkswagen verklagen", sagte Söder. „Der Pensionsfonds wird noch im September beim Landgericht Braunschweig Klage auf Schadensersatz einreichen." Söder sagte weiter: „Wir sind da auch rechtlich in der Verpflichtung für unsere Beschäftigten."

Bayerns Finanzminister Markus Söder sieht den bayerischen Pensionsfonds geschädigt. Foto: S.Hoppe/dpa

Zwischenzeitlich hatte die VW-Vorzugsaktie mehr als 40 Prozent an Wert verloren. Bayern hielt in seinem Fond rund 58 000 VW-Vorzugsaktien.

Auch Baden-Württemberg erwägt wegen der Folgen des Diesel-Skandals eine Klage gegen Volkswagen. Ob eine Schadenersatzklage eingereicht werde, werde seit längerem geprüft, sagte eine Sprecherin des Finanzministeriums in Stuttgart. Aussagen über die Höhe eines möglichen Anspruchs auf Schadenersatz seien derzeit aber nicht möglich.

▶ Verkaufsstopp in Südkorea

Im Zuge der Ermittlungen zum Abgasskandal bei Volkswagen hat Südkorea den Verkauf von 80 Modellen des Autoherstellers verboten. Die Zulassung für 83 000 Autos der Marken Volkswagen, Audi und Bentley sei zurückgezogen worden, teilte das Umweltministerium in Seoul mit. Der Hersteller muss außerdem 14,3 Millionen Euro Strafe zahlen. „Das ist eine der strengsten Sanktionen, die sie gegen uns verhängen konnten", sagte eine VW-Sprecherin. (dpa)